

Weltwirtschaft im Zeichen der Globalisierung

Reinhard Rode

Erscheint in: *Kaiser/Schwarz, Weltpolitik im neuen Jahrhundert,*
Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

1 Zunehmende Globalisierung im 21. Jahrhundert

Die Debatte über die Globalisierung steht Ende der neunziger Jahre im Zentrum des Diskurses der Internationalen Politischen Ökonomie. Politik- und Wirtschaftswissenschaft beleuchten das Phänomen, und an ihm spiegelt sich der alte wissenschaftliche und politisch-ideologische Streit aller Denkschulen. Aus der liberalen Sicht überwiegen die Chancen der Globalisierung, aus der wirtschaftsnationalen und der linken Perspektive stehen die Gefahren im Vordergrund. Festgehalten werden kann, daß es sich bei der Globalisierung um einen Prozeß und nicht um einen Zustand und schon gar nicht um einen Endzustand handelt. Neben der Globalisierung gibt es einen Trend der Lokalisierung, auf den die Verlierer setzen.¹

Der Globalisierungsprozeß ist keine Neuerscheinung der neunziger Jahre, er hat in diesem Jahrzehnt aber an Dynamik gewonnen. Bei der Globalisierung eilt die Wirtschaft der Politik voraus. Dabei entstehen erhebliche Folgewirkungen für die Politik, besonders für die Nationalstaaten. Diese sehen sich Anpassungszwängen ausgesetzt. Bedroht sind vor allem die nationalstaatlichen Wohlfahrtssysteme² in Ländern mit hohen Verteilungsleistungen, die viel stärker unter Wettbewerbsdruck geraten, als dies in den vorhergehenden Jahrzehnten der Fall war. Die Globalisierung stößt also womöglich an sozialpolitische Grenzen.³ Der Begriff Globalisierung ist zwar weitgehend selbstevident und bedarf keiner langen Definition. Hilfreich ist die Kurzformel, daß es dabei um die zunehmende Verflechtung

und vertiefte Arbeitsteilung in der Weltwirtschaft geht.⁴ Die Globalisierungsdebatte als analytische Metapher steht also in der Nachfolge der Interdependenzdebatte der siebziger Jahre. Die Intensivierung des Trends hat die Frage nach einer neuen Qualität aufgeworfen und vor allem die nach der Reichweite und dem Tiefgang des Prozesses.

Versteht man Globalisierung vor allem als wirtschaftlichen Prozeß, der die Politik in Mitleidenschaft zieht, dann läßt sich dieser Prozeß relativ leicht empirisch analytisch bestimmen. Die Felder der Globalisierung, also Handel, Investitionen, Finanzen und neue Technologien sowie die Rollen der Akteure und der Institutionen müssen dann untersucht und die prozessualen Veränderungen ausgelotet werden. Komplizierter ist der Einbezug der Gesellschaften. Ein gesellschaftlicher Globalisierungsprozess ist schwer nachweisbar. Das Schlagwort vom globalen Dorf ist einprägsam, aber analytisch hohl. Die Weltgesellschaft ist noch nicht existent, ja noch nicht einmal ein sinnvolles Konstrukt. Zwar ist die zunehmende Bedeutung von gesellschaftlichen Akteuren unübersehbar, der Zuwachs ist aber noch so diffus, daß der von Czempiel geprägte Begriff der Gesellschaftswelt⁵ eine Verlegenheitsprägung im Gegensatz zur Staatenwelt darstellt, die eher Sprachkunst als analytische Schärfe verrät. Die Ausbreitung von Demokratie und Menschenrechten und die Relevanz der zahlreichen *International Non-Governmental Organizations* (INGOS) sind immer noch weitgehend auf die OECD-Welt beschränkt und verfügen damit noch nicht über globale Reichweite. Der normative Vorgriff auf die Globalität verrät viel Wunschdenken und hat in Fukuyamas "Ende der Geschichte" seinen idealisierten Ausdruck gefunden.

Aus der engeren politikwissenschaftlichen Sicht mag es durchaus naheliegen, die Aufgabe des Begriffs Globalisierung zu empfehlen und stattdessen von "Denationalisierung" zu sprechen, die als Prozeß der Ausweitung der Verdichtungsräume gesellschaftlicher Interaktionen über den Nationalstaat hinaus verstanden wird.⁶ Die Verengung auf gesellschaftliche Prozesse verrät allerdings von vornherein eine eingeschränkte politikwissenschaftliche Sichtweise. Globalisierung als politik-ökonomischer Prozeß ist eben mehr als Denationalisierung. Denationalisierung wird hier als Bedeutungszuwachs für gesellschaftliche Akteure verstanden. Globalisierung als dynamisch wachsende Verflechtung der Weltwirtschaft, die nach der Einschätzung der Fachwelt womöglich eine Ökonomisierung der Weltpolitik, einen Primat der Wirtschaft oder eine Ablösung der Geostrategie durch die Geoökonomie, ja sogar eine eigenständige Wirtschaftswelt bewirken könnte, fordert den wissenschaftlichen Diskurs geradezu heraus und wird auch durch die modische Vielfachnennung der politischen Klassen nicht zum banalen Schlagwort.⁷ Ein künstlicher Gegensatz zwischen einer entterritorialisierten Geldgesellschaft und einer nationalen Arbeitsgesellschaft⁸ als neue internationale Dichotomie überzeichnet allerdings die Globalisierung als reales Phänomen und das auch noch mit plakativ falschen Begriffen. Zwei gegensätzliche Gesellschaften entstehen nämlich gerade nicht, vielmehr entstehen Gewinner und Verlierer der Globalisierung in den gleichen Gesellschaften, und keineswegs verlieren alle Beschäftigten oder gewinnen alle Kapitaleigner automatisch.

Die deutsche Standortdebatte als Reaktion der Wirtschaftselite auf die Globalisierung reflektiert die innere Befindlichkeit einer Gesellschaft in der Spitzengruppe der Weltwirtschaft, de-

ren Rang bedroht erscheint. Unternehmer und die Lehrbuchmarktschule der Wirtschaftswissenschaften verweisen auf die deutschen Strukturschwächen und betonen den Reformstau, insbesondere bei den Steuern. Die fehlende Risikobereitschaft einer verkrusteten und verwöhnten Gesellschaft werden ebenso moniert wie die Defizite im Bildungssystem, das auf Eliteförderung keinen Wert legt und sich ein antiquiertes Universitätssystem leiste. Maßstäbe sind dabei gewöhnlich die angelsächsischen Universitäten und ihre Abschlüsse.⁹ Die Standardargumente der Ökonomen sind hohe Arbeitskosten im Hochlohnland Deutschland, der Nettokapitalexport als Anzeichen eines zunehmend gemiedenen Investitionsstandorts und die vergleichsweise geringen FuE-Aktivitäten. Die Bedrohungswahrnehmung versperre den Blick für die Chancen der Globalisierung.¹⁰

Die deutsche Standortdebatte bildet unübersehbar die üblichen Positionen im Verteilungsstreit ab. Relativ neu ist allerdings, daß die Binnenseite nun wirklich nicht mehr sinnvoll isoliert betrachtet werden kann. Die Nabelschau diskreditiert sich selbst. Der durch die Globalisierung erforderlich gewordene internationale Vergleich von früheren gesellschaftlichen Binnenleistungen wie Arbeitsmarkt, Wohlfahrtsstaat und Bildungssystem verunsichert logischerweise die etablierten Verteilungskonkordien in Gewerkschaften¹¹ und Verbänden. Die Bedrohungswahrnehmung der Strukturkonservativen hat ihren guten Grund. Der Reformdruck kommt von außen und begünstigt die Argumente, die die Kostenseite des Sozialstaats und die Rigiditäten aufzeigen. Wandel hin zur Effektivierung erscheint dann schnell als tiefer Einschnitt oder sogar als völliger Abbau, nicht aber als überfällige Reform und Modernisierung.

Der innersozialdemokratische Streit zwischen traditionellen Sozialbürokraten und Modernisierern nach dem Muster von Tony Blair und Gerhard Schröder macht die gesellschaftliche Frontlinie deutlich. Nationale Alleingänge und Nischen bei der Privilegierung einer etablierten Klientel werden auffälliger als früher und geraten erstmals auch unter internationalen Wettbewerbsdruck, ihre Kostgängerschaft neu zu legitimieren. Es entsteht ein Wettbewerb der Sozialsysteme und Arbeitsmärkte, der Versorgungseffektivität bei möglichst niedrigen Kosten einfordert. Die Helferbürokratien und Verbände geraten damit selbst in den Gesichtskreis der Kostendebatte und sehen ihre bislang eher ruhigen bürokratischen Verteilungsposten zukünftig womöglich als Schleudersitze. Ihre Lobbymacht ist viel stärker als die der Empfänger von Leistungen, und sie bestimmen den aufgeregten Diskurs über den Abbau des Sozialstaats im Zeichen der Globalisierung. Die Ängste eilen dabei der Realität des Anpassungsdrucks, der allein als Risiko eines Wettlaufs nach unten perzipiert wird, weit voraus und verstellen in der Tat den Blick auf die Chancen.

Trotz aller erkennbarer Globalisierungstrends ist aber die Weltwirtschaft des Jahres 2000 nach wie vor in erster Linie die Wirtschaft der alten Triade USA, EU und Japan. Ein Erweiterungsprozeß um die asiatischen Schwellenländer läuft. Letztere haben die Dynamik des Systems klargelegt und alle Hypothesen einer versteinerten Weltarbeitsteilung zugunsten der alten Gewinner obsolet gemacht. Die Empirie weist die Globalisierung nicht als Prozeß im Weltsystem, sondern als schnell wachsende wirtschaftliche Verflechtung im Subsystem der 29 OECD-Staaten aus. Die OECD-Welt ist geographisch nur eine Teilwelt, wirtschaftlich ist sie faktisch die Welt der Globalisierung. Hier

werden 95 Prozent des Welthandels abgewickelt, von den Auslandsdirektinvestitionen stammen 95 Prozent aus dieser Gruppe, 75 Prozent gehen in Zielländer im OECD-Raum. Aus diesen Ländern stammen die meisten Transnationalen Konzerne und Banken, die wichtigsten Träger der Globalisierung, deren Triadenschwerpunkt überdeutlich ist.¹² Das starke Wachstum der Finanzmärkte ist auf diesen Raum konzentriert. Die täglichen Devisenumsätze haben z. B. ein um das 50fache höheres Volumen als der Weltexport.¹³

Kern und Führungsgruppe der OECD-Welt sind die G-7-Staaten. Die gängigen wirtschaftlichen Indikatoren weisen die G-7 als die hegemoniale Gruppe der Weltwirtschaft aus. Ihr Zentrum ist die G-3 aus den USA, den EU-Staaten und Japan. Die G-7 dominiert den Handel, die Direktinvestitionen, das Währungs- und Finanzsystem und die neuen Technologien. Seit den fünfziger Jahren bestreiten sie rund die Hälfte des Weltexports. Sie dominieren die Auslandsdirektinvestitionen (62,6 Prozent im Jahr 1996) und halten praktisch die Devisenreserven der Welt. Das Weltwährungssystem wird vom Dollarraum und Euroland beherrscht.¹⁴ Sie bilden ein Oligopol des technologischen Fortschritts. Bei den Informationstechnologien nimmt der Abstand zum Rest der Welt zu. Bei der Digitalisierung der Wirtschaft führt der atlantische Raum, also USA und EU, und verfestigt die führende Rolle. Neue Handelsformen wie das rapide wachsende elektronische Geschäft (e-business) haben hier ihren Schwerpunkt.¹⁵ Eine atlantische Renaissance nach der asiatischen Herausforderung steht also zu erwarten.

In den Wirtschaftsregimen wie IWF, Weltbank und WTO geben die G-7-Staaten den Ton an und garantieren liberales Weltwirtschaftsregieren. Ihre positive gruppenhegemoniale Lei-

stung besteht in der Bereitstellung von Wirtschaftswachstum, makroökonomischer Koordination, Stabilität und Krisenmanagement. Eine Erweiterung dieser Gruppe um erfolgreiche Schwellenländer ist in Sicht. Voraussetzung dafür ist aber deren reale Leistungsfähigkeit und nicht die Aufnahme aus Prestige-gründen, um kurzfristigen politischen Konsens zu erzeugen. Die Erweiterung um Rußland zur G-8 folgte nur der politischen Logik und ist somit ein Negativbeispiel. Wirtschaftlich gesehen war dieses Prestigebonbon für Jelzins Rußland blanker Unsinn. Es hat die G-7 geschwächt und dürfte disfunktional wirken.

Wenn das System Aufsteiger zuläßt und integriert, dann heißt das aber noch lange nicht, daß viele arme Länder realistische Aufstiegschancen haben. Im Gegenteil, das Ende der Dritten Welt als einheitliche politische und wirtschaftliche Größe hat deren Zerfall in Entwicklungsstaaten und marginalisierte Quasi-Aussteiger aufgezeigt.

Die Aussteiger, vornehmlich in Afrika, haben aber nicht freiwillig für den Ausstieg optiert. Sie werden von Nachteilen praktisch eingeschnürt. Ihre gesellschaftliche Binnenstruktur verhindert die Modernisierung und wirkliche Demokratisierung wie auch marktwirtschaftliche Strukturen mit funktionierendem Ordnungsrahmen. Entwicklungshilfe¹⁶ konnte keinen Ausgleich schaffen. Die Gewinne der ärmsten Länder aus dem Handel sind zu gering, um exportorientiertes Wachstum nach asiatischem Vorbild als eine sinnvolle Strategie erscheinen zu lassen. Sie könnten sukzessive noch weiter aus der Weltarbeitsteilung herausfallen und allenfalls noch marginal in den Austausch einbezogen werden. Der Trend hin zu dauerhaften Elendsregionen könnte sich weiter verfestigen. Der erfolgreichere Rest der Welt mag dabei ein schlechtes Gewissen haben, das über gelegentli-

che Aktionen von Welthungerhilfe und Entwicklungshilfe als Weltsozialhilfe besänftigt wird, eine wirkliche Perspektive für die ärmsten Länder ergäbe sich daraus aber nicht.

Offen ist, welche Länder außer denen des afrikanischen Elendsgürtels zur Gruppe der definitiven Verlierer gehören werden. Womöglich werden es einige lateinamerikanische Staaten mit Ausnahme der dortigen Schwellenländer Brasilien, Argentinien, Chile und Mexiko sein. Höchstwahrscheinlich werden aber auch einige post-kommunistische oder noch-kommunistische Länder wie Kuba, Nordkorea, die Mongolei und einige kaukasische Kleinrepubliken aus der früheren Sowjetunion dazu gehören.

Wichtig für die Welt wird ohne Zweifel der Erfolg oder Mißerfolg Rußlands und der Volksrepublik China sein. Sie sind zu wichtig für den Rest der Welt, um einfach vernachlässigt zu werden. Zugleich sind beide aber auch unkalkulierbare Größen. Die China-Euphorie ist wieder abgeflaut, für die Chancen einer erfolgreichen Marktwirtschaft in Rußland war erst gar keine Euphorie aufgekommen. Außer Rückständigkeit bieten diese beiden Staaten mit den Folgen ihrer sozialistischen Industrialisierung auch noch die größten ökologischen Desaster im Weltmaßstab. Die Kosten für Abhilfe sind weder kalkulierbar, noch wären sie vom Rest der Welt bezahlbar.

Doch auch die Industrialisierung z. B. der VR China, verbunden mit dem in den USA oder Westeuropa üblichen Energieverbrauch und dem dortigen Motorisierungsgrad, drohte nach gängiger Einschätzung die ökologische Balance der Welt aus dem Gleichgewicht zu bringen. Auch wenn hier vielfach mit Horrorszenarien nach dem Muster der Klimakatastrophe kokettiert wird, ohne daß eine verlässliche Berechnungsbasis vorliegt,

dürfte mittlerweile konsensfähig sein, daß die fragile Weltökologie ein globales öffentliches Gut darstellt, das auch global gemanagt werden muß.¹⁷

Dafür gibt es bislang kein funktionsfähiges Regime nach dem Muster des IWF oder der neuen WTO. Auch die Bereitschaft der großen Nationalstaaten, voran der USA, auf diesem Feld vorausschauend zu steuern, scheint bislang zu gering. Der Verlauf des Umweltgipfels in Rio 1992 und die Nachfolgetreffen haben dies deutlich werden lassen. Offensichtlich muß das knappe Gut Umwelt noch wesentlich teurer werden, um über die Problemerkennung hinaus zu einem wirklich ernst genommenen Feld der Weltwirtschaftspolitik zu werden.

Da hier Verteilungsprozesse par excellence betroffen sind, stehen auch harte Verteilungskämpfe zu erwarten. Umweltschutz hat einen hohen Preis, den vorerst nur reiche Gesellschaften aufzubringen in der Lage sind, kapitalarme Länder bedürfen hier der Subvention von außen. Ihre Binnensicht läßt nämlich Umweltschutz als ein zu vertagendes, nachrangiges Problem erscheinen. Wohl den Staaten und Regionen, die über Lippenbekenntnisse hinaus vorausschauend mit Hilfe marktverträglicher Instrumente regulierend eingreifen, und wohl den Industrien, die dafür neue Technologien entwickeln und zur Marktfähigkeit treiben. Sie dürften auf jeden Fall mit zu den Gewinnern des 21. Jahrhunderts zählen.

Die konfliktive Relevanz der Asymmetrien in der Weltwirtschaft dürfte unbestritten sein, die tatsächliche Brisanz ist aber unklar. Die alten Wirtschaftsmächte haben ihren relativen Niedergang nicht passiv hingenommen. Sie haben einerseits wieder selbst durch Anpassung und Modernisierung neue Dynamik zu erzeugen versucht, die USA haben dies in den neunziger Jahren

erfolgreich vorgemacht, Europa und Japan tun sich damit noch schwer. Neue Technologien bieten den alten Wettbewerbsstaaten neue Chancen. Zudem finden die Länder der OECD-Welt in den Aufsteigern neue Partner, die ihnen womöglich in Teilbereichen den Rang ablaufen, die zugleich aber durch wirtschaftlichen Austausch auch neue Gewinnchancen für alle Beteiligten bereitstellen.

Daß Aufholen nicht unbedingt fixes Überholen bedeutet, hat die asiatische Finanzkrise 1997 deutlich gemacht. Struktur-schwächen wie etwa aufgeblähte Finanzmärkte, weil eine effektive staatliche Aufsicht fehlte und Netzwerke traditioneller Eliten das eigene Spekulationsrisiko zu lange durch Staatsgarantien abgesichert haben, zeigten den institutionellen Globalisierungsdruck. Das läßt Spielräume für Aufholer zu, erfordert keine Kopien von Institutionen, aber funktional äquivalente Leistungen bei Marktordnungen. Die OECD-Welt mit der G-7 an der Spitze ist durch Schwellenländer herausgefordert, aber noch nicht bedroht, weil sie integratives Potential aufweist. Transnationale Konzerne und Banken als neue globale Spieler verstärken den Anpassungsdruck auf die Staaten, brauchen diese aber wiederum, um eine überschaubare Ordnung für die Konzernaktivitäten zu garantieren. Für Akteure mit hoher Modernisierungsfähigkeit, seien es Staaten, Unternehmen oder Institutionen, dürften die Chancen der Globalisierung die Risiken übertreffen. Für die Modernisierungsnachzügler oder gar die Verweigerer dürften die Anpassungskosten exorbitant steigen.

Die Funktionsfähigkeit der Weltwirtschaft, was, von den Austauschvolumina her gedacht, OECD plus Schwellenländer bedeutet, bedarf weiterhin über die Selbststeuerung des Weltmarkts hinaus der aktiven wirtschaftspolitischen Führung durch

die wichtigsten Wirtschaftsmächte. Weltregieren durch Weltordnungspolitik ist unumgänglich. Die USA können dies seit den siebziger Jahren nicht mehr allein leisten. Die durch einen Hegemon allein garantierte Stabilität nach liberalen Regeln ist sukzessive einer Gruppenhegemonie gewichen. Deren positive Führungsleistung besteht in der Bereitstellung von Stabilität durch Regelsetzung und Regelwahrung. Die G-7 steht an der Spitze der dafür zuständigen Regime. Der hegemoniale G-Ansatz wird seinerseits z. B. durch die wachsende Rolle der EU und einiger großer Schwellenländer der Anpassung unterliegen. Der IWF und die Weltbank als Institutionen der UN-Familie leisten dabei nützliche Dienste. Der Verregelungsgrad der Führungsgruppe ist allerdings noch relativ gering, sie bildet aber schon mehr als nur ein Netzwerk ab.¹⁸

Ein Grund ist sicher die Befürchtung, mit einer stärkeren Verregelung der G-7 an Flexibilität und Führungsfähigkeit zu verlieren und womöglich damit in die UNCTAD-Falle zu laufen. Die Führung durch führungsfähige Staaten und von ihnen kontrollierte Institutionen ist unter dem Dach der UNO immer bedroht, zu einem plakativen Forum für Umverteilungsforderungen à la UNCTAD in den siebziger Jahren zu werden. Die Folge wäre dann die Irrelevanz durch die herablassende Vernachlässigung der wichtigen Akteure. Deshalb ist auf absehbare Zeit auch die Forderung der Ablösung der G-7 durch einen ökonomischen Sicherheitsrat¹⁹ der UNO weitgehend illusionär.

Das simple Design eines Multilateralismus statt der Pax Americana²⁰ wäre der G-7 auch nicht überlegen. Eine stärkere Verregelung und flexible Anpassung des multilateralen G-Ansatzes dürfte noch auf absehbare Zeit weiter tragen, weil er die Führungsfähigkeit durch repräsentierte und gewichtete Wirt-

schaftsleistung der großen Handels- und Wettbewerbsstaaten über die idealistische Norm der egalitären Mitentscheidung durch leistungsschwache kapitalarme Staaten stellt.

2 Regionalisierung als Verstärker

Parallel zur Globalisierung verläuft ein Prozeß komplexer Regionalisierung. Seine Komplexität besteht in der doppelten Wirkung als Verstärker und als Gegenreaktion zur Globalisierung. Größere regionale Einheiten mit Integrationsprozessen, wie die Europäische Union mit ihrer Sogwirkung auf das Umfeld, reagieren und verstärken den Globalisierungstrend, indem sie Modernisierungseinheiten kreieren, die Ressourcen bündeln und damit globalisierungsfähiger werden. Regionalisierung wird damit zur Vorstufe späterer erfolgreicher Globalisierung. Regionalisierung bietet die Chance, Wettbewerbsfähigkeit und Standortvorteile zu verbessern. Einzelstaatliche Anpassungsstrategien erscheinen weniger aussichtsreich und erzeugen so eine Präferenz für regionale Strategien, ja sogar regionales Regieren.²¹ Der Bedarf für bessere Sprungbretter zum Weltmarkt mündet in regionale Kooperationen, die zudem noch die Chance einer besseren politischen Verträglichkeit bieten. Intergouvernementale Lösungen vermögen nationalen Wählerschaften zu Lernprozessen zu verhelfen und die Einsichtsfähigkeit bei der Akzeptanz von Anpassungskosten zu erhöhen. Die Machtverteilung zwischen Staaten verliert an Bedeutung, der Gewinn an Handlungsfähigkeit tritt in den Vordergrund.

Seit dem Ende der achtziger Jahre hat die Zahl der regionalen Wirtschaftszusammenschlüsse stark zugenommen. Bis Mitte der neunziger Jahre waren weltweit 19 regionale Kooperationen neu entstanden oder wiederbelebt worden.²² Beileibe nicht alle sind relevant und verfügen über gute Entwicklungs-

chancen. Für diesen Wachstumstrend des Regionalismus war neben dem Druck der Globalisierung die Vorbildwirkung der EU von großer Bedeutung. Vor allem die von den USA initiierten regionalen Kooperationen in Form von Freihandelszonen wie NAFTA und APEC haben Erfolgsaussichten. Bei ihrer Gründung hat das Beispiel der EU als Binnenmarkt Pate gestanden. Politische Integration war nicht das Ziel, lediglich regionale Liberalisierung von Waren- und Kapitalverkehr. Mit diesen Mitteln sollten die neuen Wachstumschancen der Regionalisierung genutzt und auch ein Gegengewicht gegen befürchtete Blockbildung in Europa geschaffen werden. Mit der APEC suchten die USA auch den Anschluß an die dynamische asiatische Wachstumszone, weil die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen als weitgehend ausgeschöpft galten. Das galt aber nur für den traditionellen Warenhandel, nicht für Dienstleistungen und erst recht nicht für Informationsnetzwerke.

Die Festung Europa entstand nicht. Der Binnenmarkt hatte die Blockabschottung keineswegs vorprogrammiert, ebensowenig transatlantische Wirtschaftskriege. Hier wird nur allzuoft das Dauergezänk über Nebensachen wie Bananen und Hormone mit Rückfällen in einen umfassenden Protektionismus verwechselt. Nachdem in der Anfangsphase der Regionalisierungsdebatte noch die Blockängste vorgeherrscht hatten, sind Ende der neunziger Jahre die Chancen in den Vordergrund getreten. Mit der Regionalisierung wurden Schutzforderungen eher eingebunden und gezähmt, als ihnen in großem Umfang nachgegeben. Minimale Protektion für die Verlierer der Globalisierung ist für regionale Kooperationsgebilde unumgänglich. Die politische Rationalität der Regionalisierung erlaubt keine völlige Vernachlässigung der Verlierer, ohne Rückschritte im Regionalisierungs-

prozess zu riskieren. Bislang waren die neuen Regionalismen daher eher durch Öffnungs- als durch Abschottungsprozesse gekennzeichnet. Das schließt allerdings zukünftige Abschottungstendenzen als Schutzreaktion der Verlierer von Regionalisierung und Globalisierung nicht aus. Der enorm dynamische Denationalisierungsdruck ist noch relativ jung. Nationalistische und lokalistische Reaktionen könnten sich erst noch formieren und einflußreich werden. Über deren Erfolgs- oder Mißerfolgchancen dürften gelungene Modernisierungen auf den Arbeitsmärkten und in den Sozialsystemen wesentlich mitentscheiden.

3 Wirtschaftsnationalismus auf dem Abstellgleis

Unter den drei parallel ablaufenden Prozessen Globalisierung, Regionalisierung und Renationalisierung bzw. Lokalisierung erscheint der Wirtschaftsnationalismus Ende der neunziger Jahre weniger als Prozeß denn als Reaktion einer bunten Gruppe von wirtschaftlichen und politischen Verlierern, die keine attraktiven Lösungsstrategien präsentieren können. Ihre Schutzforderungen wie der politische Links- und Rechtspopulismus erscheinen rückwärts gewandt und defensiv, aber letztlich perspektivlos. Unmut, der sich in Schutzforderungen äußert, wirkt in seinem Appell an Nation und Gruppensolidarität ziemlich hilflos. Dem entspricht der desolante Zustand der Theoriebildung links und rechts. Die dominante liberale Theorie mit all ihren Ausfäherungen hat die linken und erst recht die wirtschaftsnationalistischen Theorieansätze nahezu paralysiert. Beide haben zu den Prozessen der Globalisierung und Regionalisierung analytisch wenig beigetragen und betätigen sich vornehmlich als kreative Cassandra z. B. über das Ende der Arbeit²³ und die Schrecken der Globalisierung.²⁴

Die amerikanischen Neomerkantilisten,²⁵ die vom japanischen Beispiel fasziniert und alarmiert Ende der achtziger Jahre begonnen hatten, strategische Reaktionen auf Japans strategische Weltmarktpolitik zu empfehlen, haben seit der Entzauberung der Japan Inc. an Reiz verloren. Das neue amerikanische Wunder in den neunziger Jahren hat den Marktkapitalismus attraktiver gemacht als den strategischen Kapitalismus. Seit die unsichtbare Hand des Marktes auf die Strategen in Asien zurückgeschlagen hat, wirken deren Rezepte veraltet und nur für Schwellenländer attraktiv. Eigenständige Theoriebildung, die das dominante liberale Paradigma herausfordern könnte, haben die pragmatischen Asiaten nicht betrieben. Ihr Modell schien im Erfolg selbstevident. In der Falle zwischen Globalisierung und ineffizienten korporatistischen Netzwerken erlebte das in den achtziger Jahren eingeläutete pazifische Zeitalter Ende der neunziger Jahre eine Götterdämmerung.²⁶

Die Globalisierungskritik der Linken folgt dem alten Muster, daß der Kapitalismus diesmal wirklich fast alles einschließlich der Demokratie, dem Nationalstaat und damit hoffentlich endlich auch sich selbst zerstört. Der Untergangswunsch bleibt freilich vorerst ohne gewinnende Alternative. Noch ist der Eindruck des Zusammenbruchs des realen Sozialismus frisch und sein Nachlaß im vollen Elend erkennbar. Schuldzuweisungen an die Marktwirtschaft, weil die Reparaturen durch modernisierenden Strukturwandel nicht schnell genug und vor allem nicht schmerzfrei verlaufen, werden schon gehandelt, sind aber um die Jahrtausendwende noch ohne nachhaltige Breitenwirkung. Fundamentalistische grüne Ökowiirtschaftsmodelle blieben bislang auf lokalistische Nischen beschränkt oder liefen auf Subsistenz hinaus und wirkten seltsam vormodern. Die Realo-

mehrheit beschied sich mit der Ergänzung der Marktwirtschaft um eine ökologische Komponente, die dem knappen Gut Umwelt höhere Preise verschaffen will.

Der Attraktivitätsmangel des linken und rechten Populismus könnte sich nur dann ändern, wenn die Globalisierungsverlierer so zahlreich werden, daß ihnen eine Massenbasis erwächst. Die Negation der Globalisierung vermag zwar nur Wege in die allgemeine Armut der Isolierung zu weisen, könnte aber dennoch als Protestmodell politikmächtig werden. Je nach den länderspezifischen Traditionen würde der Zorn über die Globalisierung nach links oder rechts laufen. Nationale Schutzperspektiven vermögen allerdings rechte Populismen eher begünstigen als linke. Die Linke verfügt nämlich über eine internationalistische Tradition, die wiewohl häufig mehr rhetorisch als real wirksam, doch überzeugte Vorkämpfer und Verteidiger der nationalen Wirtschaft eher auf rechte Wege zu locken vermag. Doch die Gasse für den Unverstand würde mangels echter Wohlfahrtserfolge kaum lange begangen werden, großer Schaden könnte dabei freilich entstehen. Es besteht Anlaß zu der guten Hoffnung, daß dies der OECD-Welt im 21. Jahrhundert erspart bleibt.

¹ James Rosenau, The Dynamics of Globalization: Toward an Operational Formulation, in: *Security Dialogue* 27, 1996, 3, S. 247-262. Die unzähligen, darunter auch unselige Publikationen, die den Titel modisch aufgreifen, sind Ende 1998 kaum mehr überschaubar; hier deshalb nur Juergen Donges/Andreas Freytag (Hg.), Die Rolle des Staates in einer globalisierten Wirtschaft, Stuttgart 1998 u. Michael Zürn, Regieren jenseits des Nationalstaats. Globalisierung und Denationalisierung als Chance, Frankfurt am Main 1998

² Uwe Becker, Der Wohlfahrtsstaat am Kreuzweg, in: *PVS* 39, 1998, 3, S. 610-625

³ Philip G. Cerny, Globalization and Collective Action, in: *International Organization* 49, 1995, 4, S. 565-625 u. Elmar Rieger/Stephan Leibfried, Die sozialpolitischen Grenzen der Globalisierung, in: *PVS* 38, 1997, 4, S. 771-

796 und der kritische Kommentar von Philip Manow/Thomas Plümper, Die Erkenntnisgrenzen der Diskursanalyse. Ein Kommentar zu Elmar Rieger und Stephan Leibfried, in: *PVS* 39, 1998, 3, S. 590-601

⁴ Rieger/Leibfried ebd., S. 771

⁵ Ernst-Otto Czempel, *Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, München 1991, S. 86 ff.

⁶ Marianne Beisheim/Gregor Walter, *Globalisierung - Kinderkrankheiten eines Konzepts*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 4, 1997, 1, S. 175

⁷ Fred Bergsten, *The Primacy of Economics*, in: *Foreign Policy*, Nr. 87, 1992, S. 3-24; Theo Sommer, Geleitwort zur deutschen Ausgabe, in: Jeffrey E. Garten, *Der kalte Frieden. Amerika, Japan und Deutschland im Wettstreit um die Hegemonie*, Frankfurt 1992, S. 2; Clyde V. Prestowitz u. a. (Hg.), *Powernomics, Economics and Strategy after the Cold War*, Economic Strategy Institute, Washington, D.C. 1991; Czempel a.a.O. (Anm. 5), S. 111-133

⁸ Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf, *Grenzen der Globalisierung*, Münster 1996

⁹ Heinrich von Pierer, *Herausforderung und Reizwort. Deutschland und die Debatte um die Globalisierung*, in: *Internationale Politik* 53, 1998, 5, S. 1-6

¹⁰ Peter Nunnenkamp, *Schreckgespenst Globalisierung. Chancen und Risiken für den Standort Deutschland*, in: ebd., S. 15-24

¹¹ Kathleen Newland, *Workers of the World, Now What?*, in: *Foreign Policy* 114, 1999, S. 52-65

¹² Reinhard Rode, *Internationale Wirtschaftsbeziehungen*, Amsterdam 1999, S. 35 ff. u. 246 ff.

¹³ Jürgen Hoffmann, *Ambivalenzen des Globalisierungsprozesses. Chancen und Risiken der Globalisierung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B23, 99, 4.6.1999, S. 4 ff.

¹⁴ Reinhard Rode, *Der Euro als transatlantische Herausforderung. Die internationalen Auswirkungen der Europäischen Währungsunion*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 2, 1999.

¹⁵ *The Economist*, *A Survey of Business and the Internet* 26.6.1999, S. 13 u. 42

¹⁶ *The Economist* 10.12.1994, S. 79

¹⁷ Walter Bühl, *Gesellschaftliche Grundlagen der deutschen Außenpolitik*, in: Karl Kaiser/Hanns W. Maull (Hg.), *Deutschlands neue Außenpolitik*, Bd. 1, *Grundlagen*, München 1994, S. 188 f.

¹⁸ Michael Zürn, *Das Projekt "Komplexes Weltregieren". Wozu Wissenschaft von den Internationalen Beziehungen*, in: Claus Leggewie (Hg.), *Wozu Politikwissenschaft? Über das Neue in der Politik*, Darmstadt 1994, S. 77-88

¹⁹ Shridath Ramphal, *Global Governance. Die Notwendigkeit einer Weltordnungspolitik*, in: *Internationale Politik* 53, 1998, 11, S. 7 ff.

²⁰ Franz Nuscheler, *Eine neue Weltpolitik. Multilateralismus statt Pax Americana*, in: ebd., S. 10-16

²¹ Stefan Schirm, *Transnationale Globalisierung und regionale Kooperation*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 4, 1997, 1, S. 69 ff.

²² Ralph Rotte, *Das internationale System zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Makroanalytische Grundstrukturen der Weltpolitik nach dem Ost-West-Konflikt*, Baden-Baden 1996, S. 223 f., Übersicht 24

²³ Jeremy Rifkin, *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*, 2. Aufl., Frankfurt am Main 1996

²⁴ Wolf-Dieter Narr/Alexander Schubert, *Weltökonomie. Die Misere der Politik*, Frankfurt am Main 1994 u. Altvater/Mahnkopf a.a.O. (Anm. 8)

²⁵ Clyde von *Prestowitz*, *Trading Places. How we Allowed Japan to Take the Lead*, New York 1988; Laura D'Andrea *Tyson*, *Who's bashing whom? Trade conflict in high-technology industries*, Washington, D. C. 1992

²⁶ Jürgen *Jeske*, Götterdämmerung am Pazifik, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 15.6.1998, S. 1

Dieses Manuskript wurde vom Server der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg unter der Adresse <http://www.politik.uni-halle.de/rode/texte/wewiglob.pdf> heruntergeladen. Alle Rechte liegen beim Autor, Prof. Dr. Reinhard Rode, Internationale Beziehungen und deutsche Aussenpolitik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, rode@politik.uni-halle.de.